

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
-----------------------------	-------

Einleitung.....	1
A. Einführung in die Thematik.....	2
I. Etymologischer Ursprung des Begriffs der Diskriminierung und seine Bedeutung im allgemeinen Sprachgebrauch.....	2
II. Diskriminierungsschutz in der Europäischen Union.....	2
III. Einfluss des Europarechts auf das öffentliche Dienstrecht.....	4
B. Inhaltliche Ausrichtung der Ausarbeitung und Gang der Untersuchung.....	5
C. Tatsachenbasierte Grundlagen der Untersuchung.....	9
I. Die alternde Gesellschaft – Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung.....	9
II. Personalsituation im öffentlichen Dienst.....	11
III. Erkenntnisse der gerontologischen Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter.....	13
D. Unterbliebene Aufnahme des Kriteriums Alter in den Katalog der ausdrücklich verpönten Diskriminierungsmerkmale im Beamtenrecht.....	14
E. Überblick über die bisherige Diskussion vor einem freiheitsrechtlichen Hintergrund.....	15
F. Einordnung des Beamtenverhältnisses in den Kontext des europäischen Gleichbehandlungsrechts	16
 1. Teil Überkommene Mindestaltersgrenze für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit.....	 19
A. Mindestaltersgrenzen für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit im BBG und BRRG sowie in den Beamtengesetzen der Länder vor Umsetzung der Änderungen durch das BeamtStG und das DNeuG.....	19
I. Die bundesgesetzlichen Regelungen zur Mindestaltersgrenze.....	19
II. Ausgestaltung landesbeamtengesetzlicher Vorschriften	21
B. Neuerungen durch das BeamtStG und das DNeuG.....	22
I. Föderalismusreform und die Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Beamtenrechts	22
II. Reform des Beamtenrechts.....	25
1. Intention des BeamtStG.....	25
2. Zielsetzungen des DNeuG.....	26

III.	Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit nach § 10 BeamStG und § 11 BBG	28
IV.	Gründe für den normativen Verzicht auf die Mindestaltersgrenze	29
C.	Verfassungsrechtliche Beurteilung der Mindestaltersgrenze für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit.....	31
I.	Kriterium des Alters als personenbezogenes Differenzierungsmerkmal	31
II.	Vereinbarkeit der Mindestaltersgrenze mit den Vorgaben des Art. 33 Abs. 2 GG.....	32
1.	Grundsatz der Bestenauslese im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG als Maßgabe des Beamtenrechts.....	33
a.	Verhältnis des Art. 33 Abs. 2 GG zu Art. 3 Abs. 1 GG.....	34
b.	Urteil des BVerwG zur Mindestaltersgrenze	36
2.	Altersefordernis als zulässiges Kriterium im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG?.....	37
a.	Auswahlkriterien im Rahmen der Bestenauslese nach Art. 33 Abs. 2 GG	38
b.	Einschränkung des Leistungsgrundsatzes nach Art. 33 Abs. 2 GG durch Altersgrenzenregelungen	39
3.	Rechtfertigung der Einschränkung des Leistungsgrundsatzes durch das Lebenszeitprinzip.....	40
a.	Lebenszeitprinzip als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums.....	41
b.	Sachlicher Grund für die Festsetzung der Mindestaltersgrenze.....	42
aa.	Modell der Persönlichkeitsentwicklung.....	43
bb.	Typisierte Annahme der Persönlichkeitsentwicklung.....	44
c.	Kein Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip	44
III.	Zwischenergebnis	46
D.	Beurteilung der Mindestaltersgrenze für die Ernennung zum Lebenszeitbeamten am Maßstab des europarechtlichen Altersdiskriminierungsverbots	46
I.	Erläuterung des unionsrechtlichen Verbots der Altersdiskriminierung.....	47
1.	Der europarechtliche Diskriminierungsbegriff.....	47
2.	Europarechtliche Vorgaben zum Diskriminierungsmerkmal Alter	49
II.	Entscheidung des EuGH in der Rechtssache <i>Mangold</i>	51
1.	Kerngehalte der <i>Mangold</i> -Entscheidung.....	52

2. Altersdiskriminierungsverbot als allgemeiner Grundsatz des Unionsrechts?	53
a. Ausführungen des EuGH zum Verbot der Altersdiskriminierung	53
b. Reaktion im Schrifttum	53
c. Rechtliche Würdigung der Auffassung des EuGH	54
aa. Analyse der Begründung des EuGH	54
bb. Herleitung aus dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz des Unionsrechts?	57
3. Zwischenergebnis	58
III. Intention der RL 2000/78/EG	58
IV. Eröffnung des Geltungsbereichs der RL 2000/78/EG	61
V. Mindestaltersgrenze als unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Alters, Art. 2 Abs. 2 lit. a) RL 2000/78/EG	61
VI. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung aufgrund des Alters nach Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. b) RL 2000/78/EG	62
1. Intention und Entstehungsgeschichte des Art. 6 Abs. 1 RL 2000/78/EG	62
2. Normative Voraussetzungen des Art. 6 Abs. 1 RL 2000/78/EG	64
a. Generalklausel des Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG	64
b. Art. 6 Abs. 1 S. 2 RL 2000/78/EG	66
3. Reaktion im Schrifttum auf die Ausgestaltung des sekundärrechtlichen Altersdiskriminierungsverbots	66
4. Beurteilung der Mindestaltersgrenze für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit am Maßstab des Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. b) RL 2000/78/EG	68
a. Intention der Mindestaltersgrenze für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit	69
b. Anforderungen des Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG an das Instrument der Mindestaltersgrenze	70
aa. Geeignetheit der Mindestaltersgrenze	71
(1.) Divergierende Rechtsansichten im Schrifttum	71
(2.) Eigene Position zur Geeignetheit der Mindestaltersgrenze	72
bb. Angemessenheit der Mindestaltersgrenze	72
cc. Erforderlichkeit der Mindestaltersgrenze	73
(1.) Die Erforderlichkeit ablehnende Auffassung im Schrifttum	74
(2.) Bewertung der Literaturansicht	74
VII. Zwischenergebnis	75

E. Fazit.....	75
2. Teil Höchstaltersgrenzen im Beamtenrecht.....	77
A. Höchstaltersgrenzen für die Einstellung von Laufbahnbewerbern in den Vorbereitungsdienst	77
I. Das Laufbahnrecht	78
II. Altersvorgaben der BLV vor der Neuerung im Anschluss an das DNeuG.....	79
III. Intention der Höchstaltersgrenze für die Einstellung von Laufbahnbewerbern	80
IV. Verzicht auf die Höchstaltersgrenze in der BLV nach den Änderungen infolge des DNeuG	81
V. Höchstaltersgrenzen in den Laufbahnverordnungen der Länder	81
B. Höchstaltersgrenzen für die Berufung in das Beamtenverhältnis.....	84
I. Höchstaltersgrenze des § 48 Bundeshaushaltsordnung.....	84
II. Intention der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis	85
III. Regelungen der Haushaltsordnungen der Länder	87
C. Höchstaltersgrenzen für die Zulassung zum Laufbahnaufstieg	89
I. Der Laufbahnaufstieg.....	89
II. Regelungen der BLV vor den Änderungen infolge der Dienstrechtsreform.....	90
III. Die Regelung des § 36 Abs. 2 S. 1 BLV nach der Dienstrechtsreform.....	91
IV. Zielsetzung der Höchstaltersgrenze für die Zulassung zum Laufbahnaufstieg	91
V. Entsprechende Regelungen nach den Laufbahnverordnungen der Länder	92
D. Beurteilung der Höchstaltersgrenzen am verfassungsrechtlichen Maßstab	93
I. Wesen der Alimentationspflicht des Dienstherrn	94
II. Intention der Gewährleistung eines angemessenen Verhältnisses von Dienstzeit und Versorgungsanspruch	95
1. Meinungsspektrum in Literatur und Rechtsprechung	95
2. Eigene verfassungsrechtliche Bewertung	96
a. Angemessenes Verhältnis von aktiver Dienstzeit zum Versorgungsanspruch	97
b. Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	99
c. Erfordernis einer normativen Regelung	100

III.	Intendierte Gewährleistung einer ausgewogenen Altersstruktur.....	102
IV.	Bewertung der mit der Höchstaltersgrenze für die Zulassung zum Laufbahnaufstieg intendieren Betonung des Leistungsgedankens.....	103
V.	Zwischenergebnis	104
E.	Beurteilung der Altersgrenzenregelungen am Maßstab europarechtlicher Vorgaben zum Verbot der Altersdiskriminierung.....	105
I.	Geltungsbereich der RL 2000/78/EG	105
II.	Unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Alters	105
III.	Rechtfertigung der Diskriminierungen aufgrund des Alters infolge der Höchstaltersgrenzen nach Art. 6 Abs. 1 RL 2000/78/EG.....	106
1.	Legitime Ziele	106
a.	Angemessene Relation von Dienst- und Versorgungszeit als legitimes Ziel im Sinne des Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. c) RL 2000/78/EG	107
aa.	Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. c) RL 2000/78/EG.....	107
bb.	Verhältnis von Dienst- und Versorgungszeiten der Bewerber	108
	(1.) Befürwortende Auffassung in der Rechtsprechung.....	108
	(2.) Ablehnende Ansicht im Schrifttum	108
	(3.) Stellungnahme	109
b.	Ausgewogene Altersstruktur als legitimes Ziel im Sinne des Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG.....	111
aa.	Die Legitimität der Zielsetzung verneinende Ansicht im Schrifttum.....	111
bb.	Gegenauffassung in der Rechtsprechung und der Literatur.....	112
cc.	Eigene Bewertung der Intention vor dem unionsrechtlichen Hintergrund.....	113
c.	Die Eröffnung dienstlicher Bewährungsmöglichkeiten, die Generierung von Leistungsanreizen sowie die Vermeidung leistungswidriger Zulassungen als legitime Ziele im Sinne des Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG.....	114
2.	Vereinbarkeit des Instruments der Höchstaltersgrenze mit den Vorgaben des Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG.....	114
a.	Intention der Gewährleistung einer angemessenen Relation von Dienst- und Versorgungszeiten.....	114
aa.	Geeignetheit und Angemessenheit der Höchstaltersgrenzen.....	115

(1.) Die Angemessenheit bestreitende Ansicht im Schrifttum.....	115
(2.) Gegenauffassung in der Literatur sowie in der Rechtsprechung	116
(3.) Eigene Bewertung der Angemessenheit.....	117
bb. Erforderlichkeit der Höchstaltersgrenzen	118
(1.) Die Erforderlichkeit ablehnende Ansicht im Schrifttum.....	119
(2.) Auffassung der Rechtsprechung.....	119
(3.) Eigene Position zur Erforderlichkeit der Höchstaltersgrenzen	120
b. Zielsetzung der ausgewogenen Altersstruktur	121
aa. Geeignetheit und Angemessenheit der Höchstaltersgrenzen.....	121
(1.) Meinungsspektrum in Rechtsprechung und Schrifttum.....	121
(2.) Eigene Stellungnahme	122
(3.) Angemessenheit der Höchstaltersgrenzen.....	122
bb. Erforderlichkeit der Höchstaltersgrenzen	122
c. Zielsetzungen der Eröffnung von Bewährungsmöglichkeiten, der Generierung von Leistungsanreizen und der Vermeidung leistungswidriger Aufstiege.....	123
IV. Zwischenergebnis	123
F. Fazit.....	124
 3. Teil Exkurs: Untersuchung der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis gemäß § 48 BHO in Verbindung mit dem RdSchr. d. BMF vor dem gleichstellungsrechtlichen Hintergrund.....	125
A. Analyse der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis aus gleichstellungsrechtlicher Sicht	126
I. Ausgestaltung des § 48 BHO sowie des Bezugnehmenden RdSchr. d. BMF	127
II. Entsprechende Regelungen der Länder	127
B. Gleichstellungsrechtliche Vorgaben des Verfassungsrechts	128
I. Das Diskriminierungsverbot gemäß Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG sowie das Gleichberechtigungsgebot gemäß Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG	129

II.	Förderungsgebot und Nachteilsbeseitigungsklausel des Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG	131
C.	Beurteilung der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis am gleichstellungsrechtlichen Maßstab des Grundgesetzes	132
I.	Rechtsfigur der mittelbaren Benachteiligung aufgrund des Geschlechts	132
II.	Auffassung im Schrifttum zur Frage der mittelbaren Diskriminierung von Frauen durch gesetzliche Höchstaltersgrenzen.....	134
III.	Eigene Bewertung der Altersgrenzenregelung	135
1.	Benachteiligung von Frauen in Bezug auf die Einhaltung der Höchstaltersgrenze	135
a.	Familiäre Aufgabenverteilung bei der Kindererziehung sowie der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger	137
b.	Prävalenz familienbedingter Nichterwerbsphasen bei Frauen.....	140
aa.	Durch die Übernahme familiärer Aufgaben begründete Nichterwerbsphasen in den regelmäßigen Berufsbiographien von Frauen.....	141
bb.	Regelmäßiger biographischer Zeitpunkt des Beginns der ersten Kindererziehungsphase bzw. der Betreuungsphase	143
c.	Einschränkung beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten	144
d.	Tradiziertes Rollenverständnis	145
2.	Keine Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	147
a.	Überblick zu divergierenden Auffassungen hinsichtlich des Rechtfertigungsmaßstabs einer mittelbaren Geschlechterdiskriminierung.....	147
b.	Keine Rechtfertigung über fiskalische bzw. personalwirtschaftliche Aspekte	149
c.	Keine Legitimierung über beamtenverfassungsrechtliche Strukturprinzipien.....	151
IV.	Zwischenergebnis	153
D.	Überprüfung der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis an Maßgaben der Europäischen Union zur Gleichstellung von Frauen und Männern.....	153
I.	Gleichstellungsrechtliche Vorgaben im Recht der Europäischen Union.....	154

1. Maßgaben zur Gleichstellung der Geschlechter im Primärrecht.....	154
2. Entwicklung geschlechtsspezifischer Diskriminierungsverbote im Sekundärrecht der Europäischen Union	156
II. Bewertung der Konformität der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis mit gleichstellungsrechtlichen Vorgaben des Unionsrechts.....	158
1. Eröffnung des Anwendungsbereichs der RL 2006/54/EG	159
2. Vereinbarkeit der Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis mit Art. 14 Abs. 1 lit. a) RL 2006/54/EG	159
a. Ansicht des Schrifttums	160
b. Eigene Bewertung	161
aa. Dem Anschein nach neutrale Vorschrift	161
bb. Bedingung für den Zugang zur Beschäftigung	162
cc. Benachteiligung weiblicher Bewerber in besonderer Weise	162
dd. Keine Rechtfertigung.....	164
(1.) Rechtmäßiges Ziel.....	164
(2.) Geeignet und angemessen.....	165
III. Zwischenergebnis	167
E. Fazit.....	167
4. Teil Regelaltersgrenze für den Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand.....	169
A. Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand nach den Beamtenengesetzen des Bundes und der Länder	169
I. Die Regelaltersgrenzen nach § 51 Abs. 1 BBG und § 25 BeamStG	169
II. Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand.....	170
III. Landesgesetzliche Regelungen.....	173
IV. Geschichte und Entwicklung der Regelaltersgrenzen im Beamtenrecht.....	175
V. Intentionen der Regelaltersgrenze.....	177
B. Vereinbarkeit mit verfassungsrechtlichen Vorgaben	178
I. Überprüfung der Regelaltersgrenze am Maßstab des Art. 33 Abs. 5 GG	178
1. Die Vereinbarkeit mit Art. 33 Abs. 5 GG konstatierende Ansicht der Rechtsprechung sowie eines Teils der Literatur	179

2. Gegenteilige Auffassung in der beamtenrechtlichen Literatur	180
3. Eigene Bewertung der Konformität der Regelaltersgrenze mit beamtenverfassungsrechtlichen Prinzipien	181
a. Funktionsfähiges Berufsbeamtentum	181
b. Der Regelaltersgrenze immanente Generalisierung.....	183
c. Vereinbarkeit mit beamtenverfassungsrechtlichen Strukturprinzipien	184
II. Verfassungsrechtliche Beurteilung der Möglichkeit des Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand auf Antrag des Beamten	185
III. Überprüfung der Anhebung der Altersgrenze sowie der Staffelung der Regelaltersgrenze	186
IV. Vereinbarkeit der Regelaltersgrenze mit Art. 3 Abs. 1 GG	187
V. Zwischenergebnis	187
C. Beurteilung der Regelaltersgrenze am Maßstab europarechtlicher Vorgaben zum Verbot der Altersdiskriminierung	187
I. Eröffnung des Geltungsbereichs der Richtlinie	187
1. Ausschluss durch den Erwägungsgrund Nr. 14 RL 2000/78/EG?.....	187
a. Meinungsbild im Schrifttum und der Rechtsprechung	188
b. Bewertung der divergierenden Rechtsansichten zur Einbeziehung der Regelaltersgrenze in den Geltungsbereich der Richtlinie.....	188
2. Art. 3 Abs. 1 lit. c) RL 2000/78/EG	190
II. Unmittelbare Diskriminierung älterer Beamter im Sinne des Art. 2 Abs. 2 lit. a) RL 2000/78/EG.....	191
III. Rechtfertigung der Diskriminierung gemäß Art. 6 Abs. 1 RL 2000/78/EG.....	191
1. Legitime Zielsetzung der Regelaltersgrenze	191
a. Förderung der beruflichen Eingliederung Jüngerer im Sinne des Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. a) RL 2000/78/EG	192
aa. Rechtfertigungsgrund des Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. a) RL 2000/78/EG.....	192
bb. Einstellungs- und Beförderungsmöglichkeiten für Jüngere infolge des Ausscheidens älterer Beamter	192
(1.) Die Legitimität der Intention ablehnende Ansicht eines Teils der Literatur.....	193
(2.) Gegenauffassung im Schrifttum sowie in der Rechtsprechung	193
(3.) Stellungnahme	194

b. Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG als Maßstab für die übrigen Zielsetzungen der Regelaltersgrenze.....	195
c. Anhebung der Regelaltersgrenze	196
2. Antidiskriminierungsrechtliche Überprüfung des Instruments der Regelaltersgrenze vor dem Hintergrund der intendierten Ziele	196
a. Geeignetheit der Regelaltersgrenze	197
aa. Die Geeignetheit in Abrede stellende Ansicht im Schrifttum	197
bb. Stellungnahme.....	198
b. Angemessenheit der Regelaltersgrenze	198
aa. Die Angemessenheit negierende Ansicht des Schrifttums.....	199
bb. Abweichende Auffassung in der Rechtsprechung	199
cc. Stellungnahme.....	200
c. Erforderlichkeit der Regelaltersgrenze.....	201
aa. Die Erforderlichkeit befürwortende Ansicht der Rechtsprechung und Literatur	201
bb. Gegenauffassung in Rechtsprechung und Schrifttum.....	201
cc. Stellungnahme zur Erforderlichkeit	203
IV. Zwischenergebnis	205
D. Fazit.....	205
 5. Teil Beamtenrechtliche Besoldungs- und Urlaubsstaffelung.....	207
A. Besoldungsstaffelung.....	207
I. Die Besoldung der Beamten.....	207
II. Die Besoldungssysteme der gestaffelten Grundgehälter	208
1. Die Regelungen des §§ 27 und 28 des BBesG vor den Neuerungen infolge des DNeuG	208
2. Intention der Grundgehaltsstaffelung nach Dienstaltersstufen.....	210
3. Entwicklung des Besoldungssystems der gestaffelten Grundgehälter.....	211
4. Besoldungsrechtliche Neuerungen infolge des DNeuG	213
5. Intention der Staffelung nach Erfahrungszeiten	214
6. Regelungen für die Beamten der Länder.....	214
B. Staffelung des Erholungsurlaubs.....	216
I. Urlaubsrecht der Beamten.....	216
II. Novellierte Regelungen der EUrIV und die ihr zugrunde liegenden Erwägungen.....	217

III.	Regelungen der EurlV 2009 vor der Novellierung im Anschluss an die Entscheidung des BAG.....	218
IV.	Intention der Urlaubsstaffelung gemäß § 5 Abs. 1 EUrlV 2009.....	219
V.	Regelungen der Erholungsurlaubsverordnungen der Länder	220
C.	Verfassungsrechtliche Beurteilung der Besoldungs- und Urlaubsstaffelungen.....	222
I.	Verfassungsrechtliche Überprüfung der Besoldungsstaffelung	222
1.	Verfassungsrechtliche Vorgaben hinsichtlich der Ausgestaltung des Besoldungsrechts	223
2.	Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers im Besoldungsrecht	224
3.	Eigene Bewertung der Besoldungssysteme der gestaffelten Grundgehälter.....	226
a.	Beurteilung der Besoldungsstaffelung nach Dienstaltersstufen.....	226
aa.	Das Kriterium der Dienstaltersstufen	226
(1.)	Steigerung des Leistungsvermögens infolge der gestiegenen Berufs- und Lebenserfahrung	226
(2.)	Beachtung des Alimentationsprinzips und des Leistungsgrundsatzes.....	228
bb.	Festsetzung des Besoldungsdienstalters.....	229
b.	Beurteilung des Systems der Erfahrungszeiten.....	232
4.	Zwischenergebnis	232
II.	Verfassungsrechtliche Beurteilung der Urlaubsstaffelung gemäß § 5 Abs. 1 EUrlV 2009	233
1.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen zum Urlaubsrecht der Beamten.....	233
2.	Urlaubsstaffelung als Konkretisierung des Fürsorgeprinzips.....	234
3.	Beurteilung der Verfassungskonformität der Urlaubsstaffelungen gemäß § 5 Abs. 1 EUrlV 2009.....	235
a.	Die Beamten des höheren Dienstes als Maßstab	235
b.	Vom Gesetzgeber unterstelltes Regenerationsbedürfnis der Beamten.....	235
c.	Präventive Funktion der Urlaubsstaffelung	236
III.	Zwischenergebnis	237
D.	Überprüfung der Besoldungs- und Urlaubsstaffelungen am europarechtlichen Maßstab zum Verbot der Altersdiskriminierung	237
I.	Unionsrechtliche Analyse der Besoldungsstaffelung	238
1.	Eröffnung des Geltungsbereichs der RL 2000/78/EG.....	238

2. Diskriminierung durch die Besoldungssysteme der gestaffelten Grundgehälter sowie durch das Besoldungsdienstalter?	239
a. Gleichbehandlungsrechtliche Einordnung der Besoldungsstaffelungen	239
b. Rechtliche Einordnung des Besoldungsdienstalters	240
3. Bewertung der altersbedingten Ungleichbehandlungen durch die Besoldungsstaffelungen und das Besoldungsdienstalter an den Voraussetzungen des Art. 2 Abs. 2 lit. b i) sowie des Art. 6 Abs. 1 S. 2 lit. b) RL 2000/78/EG	240
a. Mittelbare Altersdiskriminierung durch das Besoldungsgefüge der gestaffelten Grundgehälter?	241
aa. Intendierte, rechtmäßige Ziele der Besoldungsstaffelungen	241
(1.) Rechtsprechung des EuGH zum Kriterium des Dienstalters sowie zur Vergütungsstaffelung	242
(2.) Die Legitimität der Ziele befürwortende Ansicht der Rechtsprechung und eines Teils der Literatur	243
(3.) Gegenauffassung in der Rechtsprechung und dem Schrifttum	244
(4.) Entscheidung des EuGH zu Besoldungsstaffelungen	245
(5.) Stellungnahme	246
bb. Vereinbarkeit des Instruments der Besoldungsstaffelung mit unionsrechtlichen Antidiskriminierungsmaßgaben	247
(1.) Geeignetheit der Besoldungsstaffelung	247
(a.) Die Geeignetheit ablehnende Ansicht in der Literatur	247
(b.) Gegenauffassung in der Rechtsprechung	248
(c.) Eigene Stellungnahme	248
(2.) Angemessenheit der Besoldungsstaffelung	249
cc. Erforderlichkeit der Staffelungen	250
b. Beurteilung der Festsetzung eines Besoldungsdienstalters nach § 28 Abs. 1 BBesG 2006	250
aa. Legitime Zielsetzung des Besoldungsdienstalters	250
bb. Überprüfung des Instruments des Besoldungsdienstalters an den Vorgaben der RL 2000/78/EG	251

(1.) Geeignetheit des Instruments.....	251
(2.) Angemessenheit des Besoldungsdienstalters.....	251
cc. Zwischenergebnis.....	252
II. Beurteilung der Europarechtskonformität der Urlaubsstaffelung.....	252
1. Eröffnung des Geltungsbereichs der Richtlinie.....	252
2. Unmittelbare Diskriminierung jüngerer Beamter, Art. 2 Abs. 2 lit. a) RL 2000/78/EG	252
3. Rechtfertigung der unmittelbaren Diskriminierung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG	253
a. Legitimes Ziel	253
aa. Entscheidung des BAG vom 20.3.2012	253
bb. Ansicht im Schrifttum	254
cc. Bewertung der Intention der beamtenrechtlichen Urlaubsstaffelungen gemäß § 5 Abs. 1 EUrlV 2009.....	255
b. Unionsrechtskonformität des Einsatzes des Instruments der Urlaubsstaffelung gemäß § 5 Abs. 1 EUrlV 2009	256
aa. Geeignetheit und Angemessenheit der Urlaubsstaffelung	256
bb. Erforderlichkeit der Urlaubsstaffelung.....	256
c. Zwischenergebnis.....	257
E. Fazit.....	257
 6. Teil Untersuchung der Altersgrenzen für die Beförderung.....	259
A. Die Beförderung im Beamtenrecht	259
B. Bundes- und landesgesetzliche Regelungen.....	260
I. Entwicklung auf bundesgesetzlicher Ebene	260
1. Altersbeförderungsverbot der BLV vor den Änderungen durch die Siebte Verordnung zur Änderung der BLV	260
2. Verzicht des Ordnungsgebers auf das Altersbeförderungsverbot und die aktuelle Rechtslage im Bund	261
II. Altersbeförderungsverbote in landesgesetzlichen Regelungen	261
III. Beamtenversorgungsrechtliches Korrelat zum Altersbeförderungsverbot.....	262
IV. Intention des Altersbeförderungsverbots.....	263
C. Verfassungsrechtliche Bewertung des Altersbeförderungsverbots	264
I. Beachtung des Leistungsprinzips bei der Beförderung.....	264
II. Vereinbarkeit des Altersbeförderungsverbots mit beamtenverfassungsrechtlichen Strukturprinzipien.....	265

1. Meinungsbild im Schrifttum und der Rechtsprechung.....	265
2. Eigene Bewertung.....	267
III. Zwischenergebnis	269
D. Europarechtliche Analyse	269
I. Eröffnung des Geltungsbereichs der RL 2000/78/EG	269
II. Altersbeförderungsverbot als unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Alters	270
III. Rechtfertigung der unmittelbaren Altersdiskriminierung gemäß Art. 6 Abs. 1 RL 2000/78/EG.....	270
1. Legitimes Ziel des Altersbeförderungsverbots	270
a. Eine legitime Zielsetzung bejahende Auffassung der Rechtsprechung.....	270
b. Gegenauffassung in der Rechtsprechung und im Schrifttum.....	271
c. Eigener Standpunkt	271
2. Vereinbarkeit des Instruments des Altersbeförderungsverbots mit den Vorgaben der RL 2000/78/EG.....	272
a. Geeignetheit des Beförderungsverbots gemäß § 12 Abs. 4 Nr. 3 BLV 2000.....	272
b. Angemessenheit des Altersbeförderungsverbots	272
aa. Die Angemessenheit verneinende Ansicht in der Literatur.....	272
bb. Gegenauffassung in der Rechtsprechung.....	272
cc. Eigene Stellungnahme	273
3. Erforderlichkeit.....	273
IV. Zwischenergebnis	274
E. Fazit.....	274
 7. Teil Analyse der Altersgrenze für die Gewährung der Altersteilzeit im Beamtenrecht	275
A. Arbeitsrechtliche Ursprünge sowie die Entwicklung des Altersteilzeitrechts im Beamtenrecht	275
I. Arbeitsrechtliche Vorgaben.....	275
II. Regelungssystem des derzeitigen Altersteilzeitgesetzes.....	279
III. Etablierung der Altersteilzeit im Beamtenrecht	281
B. Aktuelle bundes- und landesrechtliche Vorschriften zur Altersteilzeit der Beamten.....	283
I. Regelung des § 93 BBG	283
II. Intention der beamtenrechtlichen Altersteilzeitregelungen	286
III. Regelungen der Altersteilzeit in den Ländern	288

C.	Normativer Gegenstand der Überprüfung der beamtenrechtlichen Altersteilzeit am verfassungs- und europarechtlichen Maßstab.....	289
D.	Verfassungsrechtliche Überprüfung	290
I.	Durch die Altersteilzeit tangierte verfassungsrechtliche Vorgaben.....	290
II.	Vereinbarkeit der Altersteilzeit mit beamtenverfassungsrechtlichen Vorgaben.....	291
1.	In der Literatur erhobene Bedenken gegen das Modell der Altersteilzeit.....	292
2.	Gegenansicht in der Rechtsprechung und der Literatur	293
3.	Eigene Stellungnahme	296
a.	Altersteilzeit als strukturwahrende Fortentwicklung des Beamtenrechts im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG.....	296
b.	Verfassungsrechtlich anerkannte Motivation hinsichtlich der Einführung der Altersteilzeit in das Beamtenrecht	297
aa.	Altersteilzeit in der Form des Teilzeitmodells.....	298
bb.	Altersteilzeit in der Variante des Blockmodells	300
c.	Wahrung der Kerngehalte der tangierten beamtenverfassungsrechtlichen Strukturprinzipien	301
d.	Keine Rechtfertigung durch das Sozialstaatsprinzip	304
III.	Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG.....	307
1.	Einen Gleichheitsverstoß annehmende Ansicht in der Literatur	307
2.	Eigene Position	307
IV.	Zwischenergebnis	308
E.	Vereinbarkeit der Altersgrenze für die beamtenrechtliche Altersteilzeit mit europarechtlichen Antidiskriminierungsvorgaben.....	308
I.	Geltungsbereich der Richtlinie	309
II.	Unmittelbare Diskriminierung gemäß Art. 2 Abs. 2 lit. a) RL 2000/78/EG.....	309
III.	Rechtfertigung dieser Ungleichbehandlung	309
1.	Beamtenrechtliche Altersteilzeit als positive Maßnahme im Sinne des Art. 7 Abs. 1 RL 2000/78/EG.....	310
a.	Anwendungsbereich des Art. 7 Abs. 1 RL 2000/78/EG im Kontext des Altersdiskriminierungsverbots	310
aa.	Ablehnende Auffassung im Schrifttum.....	310
bb.	Stellungnahme.....	311
b.	Voraussetzung der positiven Maßnahme gemäß Art. 7 Abs. 1 RL 2000/78/EG	311
aa.	Maßnahme eines Mitgliedstaates	312

bb. Benachteiligung einer eingrenzbaeren Gruppe	312
cc. Intention der positiven Maßnahme im Sinne des	
Art. 7 Abs. 1 RL 2000/78/EG	314
(1.) Befwortende Ansicht im Schrifttum	315
(2.) Ablehnende Auffassung in der Literatur	315
(3.) Eigene Stellungnahme	315
c. Zwischenergebnis	316
2. Rechtfertigung der mit der beamtenrechtlichen	
Altersteilzeit verbundenen unmittelbaren	
Diskriminierung aufgrund des Alters durch Art. 6	
Abs. 1 RL 2000/78/EG	316
a. Legitime Ziele der Altersteilzeitvarianten	316
aa. Rechtfertigung der unmittelbaren Diskriminierung	
aufgrund des Alters durch die Mindestaltersgrenze	
gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG	316
bb. Rechtfertigung der mit der Mindestaltersgrenze für	
den Zugang zur beamtenrechtlichen Altersteilzeit in	
der Form des Teilzeitmodells verbundenen,	
unmittelbaren Diskriminierung gemäß Art. 6	
Abs. 1 S. 2 lit. a) RL 2000/78/EG	318
(1.) Befwortende Ansicht im Schrifttum	319
(2.) Ablehnende Rechtsauffassung	319
(3.) Eigene Stellungnahme	320
b. Überprüfung des Instruments der Altersgrenze an	
den Vorgaben des Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL 2000/78/EG	321
aa. Geeignetheit und Angemessenheit der Altersgrenze	321
bb. Erforderlichkeit der Altersgrenze	322
3. Zwischenergebnis	322
F. Fazit	323
Schlussbetrachtung	325
Literaturverzeichnis	333